

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

227 (19.5.1921) Mittagausgabe

# Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat.

Eigentum und Verlag von Ferd. Scherger. Hauptredaktion: Gannus Waltherr Schneider. Verantwortlich: W. Schneider. Redaktion: A. W. Schneider. Druck: A. W. Schneider. Druckerei: A. W. Schneider.

Bestandteile: Die Badische Presse: 1.50. Die Handels-Zeitung: 1.50. Die Frauenzeitung: 1.50. Die Steuer-Rundschau: 1.50. Die Feld- u. Garten-Zeitung: 1.50. Die Reise- u. Bäderzeitung: 1.50. Die Volk- u. Heimat-Zeitung: 1.50.

## Nochmals Lloyd George über Oberschlesien.

Eine ernste Warnung an Frankreich.

London, 18. Mai. Lloyd George machte einem Vertreter von Reuters folgende Darlegungen: Ich halte an der Erklärung, die ich im Unterhause bezüglich Oberschlesien abgegeben habe, fest. Natürlich kann ich nur für das die Verantwortung übernehmen, was ich wirklich gesagt habe, nicht für die verübelten und verdrehten Berichte in der französischen Presse. Die nahezu einstimmige Zustimmung der amerikanischen, italienischen als auch der englischen Presse zu den von mir bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebrachten Gefühlen zeigt, daß die großen Völker, die im Kriege an der Seite Frankreichs standen, den Vertrag von Versailles in fairer Weise auslegen beabsichtigen. Ich war niemals Zeuge einer derartigen Einmütigkeit in irgend einer Frage. Alle Meinungen der öffentlichen Meinungen in diesen drei Ländern nehmen denselben Standpunkt ein. Ich wäre unglücklich, wenn die französische Presse einen anderen Standpunkt einnehmen sollte. Aber wir müssen gegenüber Meinungsverschiedenheiten unter uns duldsam sein. Ich möchte der französischen Presse mit allem Respekt sagen, daß die Gewohnheit, einen jeden Meinungsäußerer eines Alliierten, der nicht mit der eigenen Meinung übereinstimmt, als Angehörigkeit zu behandeln, unheilvoller ist. Wenn diese Geistesverfassung andauern sollte, so wird sie für jede Entente unheilvoll sein. Der Standpunkt, den die englische, amerikanische und italienische Presse in der oberschlesischen Frage angenommen hat, sollte Frankreich nicht antastlich sein. Sie stehen zum Vertrag von Versailles und wollen die Bestimmungen des Vertrages gerecht anwenden, ob sie nun für oder gegen Deutschland ausfallen. Das Schicksal Oberschlesiens muß durch den Obersten Rat entschieden werden und nicht durch Korfanat. Es darf den Kindern des Vertrages nicht gestattet werden, ungestraft in Europa Geld zu verdienen; jemand muß ihnen die abgehende Hand anlegen, andernfalls wird es ständig Schwierigkeiten geben. Der Lauf der Welt in den kommenden Jahren kann nicht vorausgesehen werden. Die Welt vor uns sind dicker als gewöhnlich. Viel wird von dem Zusammenhalten der Entente abhängen. Nach dem aus dem Vertrage sich ergebenden Verpflichtungen müssen Ereignisse, die nicht vorausgesehen werden können, die zukünftige Gruppierung der Nationen bestimmen. Die Zukunft der Welt, in Sonderheit Europas, wird durch alte und neue Freundschaften bestimmt werden. Unter diesen Umständen ist der Vertrag von Versailles ein Dokument von unendlicher Bedeutung, besonders für die Nationen der Entente. Er bindet uns zusammen, wo es soviel gibt, was uns trennt. Diefenigen, die die Bestimmungen des Vertrages behandeln, als ob sie ein Spiel für Leidenschaft und Vorurteil wären, brauchen nicht lange zu leben, um ihre Dummheit zu beweisen. Das englische Volk entzieht sich keinem Teil seiner Verantwortlichkeit aus dem Vertrage. Bonübergende Schwierigkeiten werden, wie ich vertrauensvoll schon jetzt annehme, bald vorüber sein, und ich mache auf die Tatsache aufmerksam, daß wir auf der jüngsten Konferenz unsere Bereitwilligkeit kundgegeben haben, unsere Flotte, falls Deutschland die Bestimmungen der Alliierten nicht annehmen würde, den Alliierten für jede militärische Operation zur Verfügung zu stellen, über die beschlossene werden würde. Die britische Regierung war bestrebt, die Frage einer Teilung Schlesiens auf der Londoner Konferenz zu regeln. Alle Tatsachen der Volksabstimmung waren bekannt. Unsere Bundesgesetze waren aber nicht bereit, mit der Besprechung fortzufahren. Wir werden treu zu der Entscheidung stehen, die von der Mehrheit der Mächte getroffen werden wird, die auf Grund des Vertrages bei der Festsetzung der schlesischen Grenze eine Stimme haben. Wie auch immer der Spruch lauten möge, wir nehmen die Volksabstimmung als Ausdruck der Wünsche der Bevölkerung Schlesiens voll an. Dafür in den großen Krieg aber eingetreten zu sein und für die Verteidigung des alten Vertrages, an dem unser Land beteiligt war und große Verluste erlitten, teilgenommen zu haben, dabei zu stehen, wie auf dem Vertrage, den seine Vertreter vor weniger als zwei Jahren unterzeichnet haben, herumgetreten wird, kann Großbritannien nicht anwilligen.

London, 18. Mai. Die heute abend bekannt gewordene Erklärung Lloyd Georges zur oberschlesischen Frage findet in der gesamten Presse die größte Beachtung und wird als eine ernste Warnung an Frankreich angesehen. Wie die Blätter melden, wird Lloyd George morgen abend bei dem Essen, das der Vizepräsident zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters Harney gibt, wahrscheinlich eine wichtige Rede halten. Die hauptsächlich die oberschlesische Frage behandelnde Rede. Die „Westminster Gazette“ schreibt über den britischen und französischen Standpunkt: Jede Politik, die sich auf die Warnung zu erhalten, müsse fehlschlagen. Frankreich müsse Deutschland Wall and Globe“ erklärt, das französische Volk müsse verstehen, daß England unbedingt jede Beteiligung an solchen Abenteuern wie dem schlesischen Ablehnen und es Deutschland überlassen werde, nach freiem Ermessen mit jedem unverantwortlichen Eingriff der Polen fertig zu werden.

Die London, die Paris. Oberster Rat am Samstag in Paris? (Vorbereitungen unserer eigenen Berichterstatter.) J. Paris, 18. Mai. In der oberschlesischen Frage hält die Pariser Presse nach wie vor an dem französischen Standpunkt fest. Einige Blätter lehnen den Plan auf Errichtung eines autonomen Oberschlesiens, der kürzlich in die Debatte geworfen wurde, glatt ab. Die „Liberé“ hält eine solche Lösung für die allererschleischste und meint, daß Pufferstaaten niemals lebensfähig seien und nur eine ständige Quelle für allerlei Konflikte böten. Der Gegensatz zwischen Paris und London in der oberschlesischen Frage dauert weiterhin an. So erklärt man in Paris daß von einer interalliierten Zusammenkunft nichts bekannt, noch etwas darüber beschlossen sei. Demgegenüber berichtet eine Londoner Neuzermeldung, die nächste interalliierte Konferenz sei nicht nur eine Zusammenkunft Lloyd Georges

und Briand, sondern eine Sitzung des Obersten Rates, an der außer England und Frankreich auch Belgien, Italien und Japan vertreten seien. Eine Antwort auf die bei dieser Sitzung von London ausgesandten Einladungen sei bisher noch nicht eingetroffen, sodaß die Sitzung wohl kaum vor Sonntag beginnen kann. Als Ort der Sitzung wird Paris bezeichnet. Zu dieser Frage erzählt Haras aus Rom, daß der Außenminister Graf Sporza dem englischen Botschafter in Rom erklärte, die italienische Regierung sei bereit, an einer Sitzung des Obersten Rates zur Regelung der oberschlesischen Frage teilzunehmen. Die italienische Regierung hält angesichts der Lage die schnellste Lösung der Frage für dringend notwendig.

Dr. A. Genf, 18. Mai. Nach der Darstellung der Pariser Presse scheint der französisch-englische Konflikt in der oberschlesischen Frage ziemlich unverändert. An einigen Londoner Stellen rehet man zwar von Mißverständnissen, doch steht fest, daß der englische Minister die Rede Lloyd Georges gebilligt hat. Der „Temp“ erklärt heute, der Ministerpräsident habe mit seiner Rede Frankreich schon wollen, sonst hätte er offen gesagt, daß die französischen Truppen im Abstimmungsgebiet ihre Pflicht nicht getan oder sogar die ihnen übertragenen Aufgaben verraten hätten. Wenn Lloyd George den Wunsch habe, einige Irrtümer zu berichtigen, die durch seine Rede entstanden seien, so sei dies vor allem auf die Äußerungen gewisser deutscher Blätter zurückzuführen, deren Lob er peinlich empfände als alle Angriffe von Frankreichs Seite. Die reaktionellen Äußerungen der Pariser Blätter zeigen sich Lloyd Georges gegenüber nach wie vor unerbittlich und erwidern den Eindruck, als ob man in Frankreich den Anlaß benutzte, um eine prinzipielle Aenderung im Verhältnis zu dem englischen Bundesgenossen, das man offenbar als eine Art Vormundschaft empfindet, herbeizuführen. Der Leitartikel des „Temp“, über den bereits gestern berichtet wurde, erklärt mit klaren Worten, daß Frankreich die bisher üblichen Konventionen, bei denen Lloyd George stets als Schlichter aufspielte, fast habe. Der „Matin“ bringt einen sehr heftigen Artikel seines Chefredakteurs, des Senators Jouvenel, in welchem Lloyd George als Friedensfeind bezeichnet wird, weil er die Stellung des Kabinetts nicht gefährde und die albenischen Militärlisten ermutige. Der Artikel läßt übrigens erkennen, mit welcher Bitterkeit man heute in Frankreich den Vertrag von Versailles als eine Ueberverteilung Frankreichs durch England betrachtet. Sehr bezeichnend sind auch die Ausführungen von Berlioz, der offen zugibt, daß es sich bei der ganzen oberschlesischen Frage nicht um Recht und Gerechtigkeit handle, sondern einfach um die Tatsache, daß Frankreich zum Schutze seiner Sicherheit gegenüber Deutschland ein Bündnis aller deutschen Randstaaten herbeizuführen suche. Die ganze künftige Entwicklung der Dinge hänge also davon ab, ob England mit diesem Unternehmen einverstanden sei oder sich ihm ernsthaft entgegensetze wolle. Auch hinsichtlich der Stellung des Kabinetts Briand zeigt sich die Lage nicht verändert. Briand wird nach wie vor von der äußersten Rechten und der äußersten Linken heftig angegriffen, dürfte aber bei den bevorstehenden, entscheidungswollen, parlamentarischen Verhandlungen wiederum über seine alte Mehrheit verfügen.

Die Grenzführung in Oberschlesien. II. London, 18. Mai. „Daily Chronicle“, das Organ Lloyd Georges verlangt, daß die Entscheidung des Obersten Rates über die Grenzführung in Oberschlesien so schnell als möglich gefaßt werden soll. Das Blatt weist darauf hin, daß auf französischer Seite der Versuch gemacht werde, die Angelegenheit zu verschleppen. Es heißt in dem offenbar inspirierten Artikel: Wir verstehen nicht, was für Motive Paris veranlassen haben, den Vorschlag zu machen, daß die Konferenz um 3 bis 4 Wochen verschoben werden soll, während der Bericht der Abstimmungskommission bereits vorliegt, die Meinungsverschiedenheiten jetzt allgemein bekannt sind. Wir hoffen, daß eine solche Verschleppung nicht stattfindet, weil es ein Spiel mit dem Feuer bedeuten würde. Auch die amerikanische Presse weist auf die große Gefahr einer weiteren Verzögerung der oberschlesischen Frage hin. So gar die sonst sehr französischfreundliche amerikanische Presse bringt zum Ausdruck, daß Frankreich jetzt durch sein Verhalten in der oberschlesischen Frage sich in Gefahr begeben, nicht nur politisch, sondern auch moralisch ruiniert zu werden. Der Oberste Rat solle alle nebenläufigen Aufgaben verziehen und sich nur der oberschlesischen Frage widmen.

Wie der Rückzug aussteht! III. Dypeln, 18. Mai. Die polnischen Insurgenten haben auch im Bahnhof Beuthen 18 Lokomotiven gestohlen. Aus Ostpreußen im Landkreis Beuthen werden stärkere Ansammlungen der Aufreiter gemeldet. Im Kreis Kofel haben die Polen ihre Stellungen bei der Jahre Alt-Kofel verstärkt, indem sie neue Erdbefestigungen anlegten. Aus dem Kreis Ragnit wird eine lebhafteste Tätigkeit polnischer Streifen gemeldet. Die Stadt Ragnit wurde von den Insurgenten teilweise besetzt. Im Kreis Groß-Streik wurde ein Vorstoß der Aufreiter gegen Gogolin. Im Kreis Kreuzburg griffen die Polen ohne Erfolg Mähk und Gohle an. Die Insurgenten, die die Stadt Kattowich besagern, haben neue Verstärkungen erhalten. Die polnischen Positionen an den Städteingängen haben Barrikaden erreicht, die jeden Verkehr unmöglich machen. Dadurch wird auch die Zufuhr von Brotgetreide aus dem Landkreis Kattowich unmöglich gemacht. Korianty hat an die Direktion der Vereinigten Pöbörz- und Laurahütte eine Aufforderung gerichtet, vom 18. Mai ab auf Rechnung der polnischen Oberkontrolle von den Gruben Gräfin Laura und von den Nichterschächten täglich 16 Wagnons Kohle nach Sosnowice abzugeben, andernfalls sind Gewaltmaßnahmen angedroht. Im Laufe des heutigen Tages sind erneut einige Gruben und Hütten stillgelegt worden.

Eine Abgabe an Polen. II. Paris, 19. Mai. Aus Washington wird gemeldet, daß die polnische Regierung die amerikanische Geboten habe, den polnischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage im Obersten Rate zu unterstützen. Der amerikanische Außenminister Hughes hat in seiner Antwort wiederholt erklärt, daß die Politik Amerikas darin bestehe, in Fragen, welche wesentlich europäischen Charakter haben, nicht zu intervenieren. Der Vertreter Amerikas in den europäischen Räten hätte lediglich eine beobachtende Aufgabe.

Eine Warnung der Reichsregierung. III. Berlin, 18. Mai. Die Reichsregierung erklärt eine Warnung gegen Bestrebungen, die darauf abzielen, durch Anwerbung und Bildung von Freiwilligenverbänden, Freikorps usw., den bedrängten Oberschleslern aus anderen Teilen des Reiches selbständig zur Hilfe zu eilen. Sie macht mit aller Entschiedenheit darauf aufmerksam, daß solche Anwerbungen und Zusammenschließungen zu militärischen Zwecken den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen und mit Strafe bedroht sind.

## Die Annahme des Ultimatums und Bayern.

Von unserem Münchener Mitarbeiter.

Die Annahme des Ultimatums der Entente am 10. Mai, dem Tage, da vor 50 Jahren der Frankfurter Friede unterzeichnet wurde, geht Bayern besonders an. Die Entwaffnungsfrage steht als erster Punkt auf der Liste der Forderungen, die wir uns zu erfüllen verpflichtet haben. Es handelt sich nun heute nicht mehr bloß um die Entwaffnung unserer Einwohnereinheiten, sondern um deren völlige Auflösung. Nun wirft man uns in Berlin bösen Willen vor, schiebt uns also die gleichen Eigenschaften unter, die Berlin selber von den Alliierten vorgeworfen werden. Beide Male ist das Unrecht gleich groß. Wie das Reich den besten Willen hat, den Bestimmungen des Friedensvertrages nachzukommen, so hat auch Bayern das rechte Bestreben, seine Pflichten gegen das große Vaterland zu erfüllen. Wie es aber dem Reich manchemal unendlich schwer wird, ja zu sagen, so auch Bayern; wie das Reich die Verantwortung für Folgen des Ja den ehemaligen Gegnern zuschiebt, so auch Bayern. Zweifelslos hätte es in weiten Kreisen unserer engeren Heimat weniger peinlich berührt, wenn das Reich nicht zum Scherzgedanken gezwungen worden wäre. Wir wissen aber hier genau so gut wie im Norden, daß über ganz Deutschland der Fluch des Versailler Vertrages wie ein Fallbeil schwebt und daß uns diese Todesnot zu Handlungen zwingt, an die wir in Freiheit und Unabhängigkeit niemals dächten. In uns macht sich der Drang nach Freiheit nur in heftigerer Weise Luft, unserem Temperament entsprechend.

Die Einwohnerwehr nun ist gerade bei uns aus der Notwendigkeit erwachsen und von Sozialisten miteingeleitet worden; sie hat uns bis heute vor mißlichen Zufällen geschützt, und sie hat in der Zeit ihres Bestehens im Volk so feste Wurzeln geschlagen, daß diese nicht mit Federstich und Streifenbüchse gerückt werden können. Wir wollen sie nicht ewig haben; wir sind wie die bayrische Regierung auch der Meinung, daß die E.W. die Aufgabe hat, allein durch ihre Existenz sich mit der Zeit selbst wieder überflüssig zu machen. Ist dieser Augenblick der Entbehrlichkeit schon da? Das ist die große Streitfrage. Regierung und Volksvertretung haben noch jüngst die Frage verneint. Da aber kein Zweifel an unserer Reichstreue berechtigt ist und berechtigt sein soll, werden sich Ministerium und Parlament wohl entschließen müssen, harten Herzens, der Entwaffnungs- und Auflösungsaktion nichts in den Weg zu stellen. Daß wir selbst die Hand dazu reichen, ist ein unbilliges Verlangen nach der Auffassung der Mehrheit des Volkes. Es wird mit der früher geforderten Auslieferung der „Kriegsschuldigen“ an die Entente verglichen. Man spricht von Selbstentmannung, von der Unmöglichkeit, daß der Schutzmantel die Waffen dem anderen abfordert, den er an keiner Seite weiß, wenn Anruhen irgend einmal das Land bedrängen sollten, während die Umstürzer ihre Granaten weiterdrehen im heimlichen Versteck. Es wäre auch verfehlt, norddeutsche Stammesbrüder mit der Aktion zu betrauen; denn das müßte zu neuen Mißbilligkeiten führen, die in dieser schwersten Zeit besser vermieden werden. Vielleicht findet sich in der Praxis noch irgend ein anderer Ausweg; er muß gefunden werden, soll sich das Ganze ohne Schwierigkeiten und ohne Zwischenfälle entwickeln, wie es auf beiden Seiten gewünscht wird.

Man halte es nochmals unserem Temperament, wenn man will auch unserer politischen Naivität zu Gute, daß wir eben robuster und wachloser in einzelnen aufzutreten als andere. Und man greife uns nicht immer mit dem Ungerechtesten an, was es geben kann, mit dem Zweifel an unserer Reichstreue. Es ist nicht zu leugnen, daß einzelne verschrobene Köpfe Postenverweigerungen haben; sie sind ohne jeden irgendwie geltenden Einfluß. Gibt es solche Aufseher nicht auch anderswo? Da lächelt man darüber; und man tue auch den bayerischen Tollkopsen nicht die Ehre an, sie ernst zu nehmen. Es ist nicht notwendig, die überaus große Mehrheit des bayrischen Volkes nicht unüberdächtig seit zum Reich. Daran sollte kein Zweifel sein; die Entwicklung der E.W.-Frage wird endlich wohl allen, die es nicht glauben wollen, die Ehrlichkeit der deutschen Gesinnung Bayerns erweisen.

## Die Entwaffnungsforderung an Bayern.

III. Berlin, 18. Mai. Die Reichsregierung hat in einer Note an die bayerische Regierung Richtlinien für die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes vom 23. März gegeben und die Einreichung einer Liste derjenigen Organisationen verlangt, welche nach dem Entwaffnungsgesetz aufgelöst werden müssen. Nach diesen Anweisungen der Berliner Regierung unterliegt es keinem Zweifel, daß alle Selbstschutzorganisationen, auch die bayerischen Einwohnerwehren, unter diejenigen Organisationen zu rechnen sind, welche aufgehoben werden müssen.

## In Ausführung des Ultimatums.

III. Berlin, 18. Mai. Wie die Tel.-Union erfährt, sind nicht nur das Auswärtige Amt, sondern alle beteiligten Reichsämter damit beschäftigt, die Erfüllung des Ultimatums der Entente vorzubereiten. Insbesondere sind sie mit den gesetzgeberischen Maßnahmen, vor allem mit der Korrektur des Reichswehrgesetzes beschäftigt, ferner ist das Gesetz über die Exportabgabe und die damit zusammenhängenden Fragen in Ausarbeitung begriffen. Alle interessierten Ressorts sind daran beteiligt, auch ist das Reich mit den Banken bezüglich der Ableitung der 12 Milliarden Schuldfonds in Fühlung getreten. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß die Reparationskommission sich mit der Anzahlung von 115 Millionen Goldmark nicht einverstanden erklären wird.

## Die deutsche Anzahlung.

III. Paris, 19. Mai. Die Reparationskommission kam gestern in den Besitz der deutschen Note wegen Entreichung der 150 Millionen Goldmark. Diese Summe wird sich, wie folgt, zusammensetzen: 10 675 000 Dollar, 3 500 000 Pfund Sterling, 22 Millionen französische Franken, 4 500 000 Schweizer Franken, 5 Millionen belgische Franken, 2 Millionen holländische Gulden, 6 500 000 dänische Kronen, 3 Millionen schwedische Kronen, 3 1/2 Millionen norweg. Kronen, 8 1/2 Millionen Petasas. Dies bildet zum New Yorker Kurs vom 13. Mai umgerechnet eine Gesamtsumme von 140 Millionen Goldmark. Die restlichen 10 Millionen ist die deutsche Regierung bereit, sofort in Cheques zu bezahlen, wozu es die Reparationskommission bestimmt.

## Holzhäuser für die zerstörten Gebiete.

III. Berlin, 18. Mai. Die französische Regierung hat die Lieferung von 25 000 Holzhäusern nach den zerstörten Gebieten angedeutet.

Die bevorstehende Kammer Sitzung.

(Stadtredaktion unseres eigenen Berichterstatters.)
Paris, 18. Mai. Nach dreiwöchigen Ferien tritt morgen die französische Kammer wieder zusammen. Zweifelloser wird sie die auf der Tagesordnung stehende Interpellation über die Finanzlage der Republik vertagen und sofort in die Erörterung der Beschlüsse der Londoner Konferenz und der auswärtigen Politik der französischen Regierung eintreten.

Die Franzosen demobilisieren.

M. Düsseldorf, 18. Mai. Heute vormittag ist der größte Teil der Besatzungstruppen von Solingen abtransportiert worden. Es handelt sich hier wohl um diejenigen Truppen, die für den Fall eines weiteren französischen Vormarsches als Verstärkung herangezogen waren.

Die Liga für Menschenrechte.

W.B. Paris, 18. Mai. Wie man weiß, wurden in der Schlussphase des Kongresses der Liga für Menschenrechte eine Reihe von Entschlüssen angenommen, in denen u. a. die Entwertung Deutschlands gefordert, eine Politik militärischer Zwangsmassnahmen aber abgelehnt, der Wiederaufbau so schnell als möglich mit allen Mitteln, also auch mit deutschem Material und deutscher Arbeitskraft, und eine internationale Liquidierung der Kriegsschulden verlangt wird.

Noch Abstimmung in Salzburg.

W.B. Salzburg, 18. Mai. Unter dem Eindruck einer mächtigen Kundgebung auf dem Domplatz, die in einer weiteren, fast einstündigen Demonstration vor der Landesregierung ihre Fortsetzung fand, beschloß der Verfassungsausschuß in einer bis zwei Uhr nachts andauernden Sitzung, den 29. Mai als Abstimmungstag festzusetzen.

Aus Elsaß-Lothringen.

D3. Der Wiltshäuser Sozialistenführer Altenbach war vor einiger Zeit wegen Veröffentlichung eines antimilitaristischen Artikels, der vorher bereits in der Humanität erschienen war, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, während gegen die Humanität nicht vorgegangen worden ist. Gegen dieses Urteil hat die französische Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Das Oberlandesgericht in Colmar hat die Strafe Altenbachs auf Antrag des Staatsanwalts jetzt auf ein Jahr erhöht. Altenbach wurde durch den französischen Abgeordneten Lafont verteidigt. Im Anschluß an dieses Urteil sprechen die elsass-lothringischen Blätter von einem Klassenurteil und von einem Ausnahmeregime in Elsaß-Lothringen. Die Folgen dieses Urteils seien unabsehbar. Die elsass-lothringische Arbeiterschaft werde auf diese Herausforderung antworten.

Deutscher Lehrertag.

t. Stuttgart, 18. Mai. Der Vertretertag des deutschen Lehrerevereins setzte am Dienstag und Mittwoch seine Beratungen fort. Die Entschlüsse gegen den Entwurf des Reichsgesetzes, die die einseitige Angliederung des Deutschen Lehrerevereins, dem 135.000 Volksschullehrer aus allen deutschen Gauen angehören, erhebt den schärfsten Einspruch gegen den Entwurf eines Reichsgesetzes zur Ausführung des Artikels 146, Absatz 2 der Reichsverfassung. Der Entwurf ist keine Ausführung des Artikels, die den Aufgaben der deutschen Volksschule als der größten öffentlichen Bildungsanstalt gerecht wird. Er ist eine auf die Spitze getriebene Ausnutzung des Artikels 146, 2 der Reichsverfassung im Sinne weitestgehender bekenntnismäßiger Abänderung der Volksschulgesetzgebung unter Umgehung aller anderen in Betracht kommenden Verfassungsbestimmungen und der Lebensfragen des Volksunterrichtes. Anstatt die Errichtung von Sonderschulen auf die wenigen Fälle zu beschränken, in denen Gemütskränkungen oder Erziehungsberechtigten eine Befreiungsschule oder Befreiungsschule notwendig erscheinen lassen, und die Schule in ihrem äußeren Aufbau und ihrer inneren Entwicklung nicht geschädigt wird, zerstückelt der Entwurf die gesamte deutsche Volksschule in Städte und Dörfern. Der Entwurf hebt jede Einheit im Unterricht und im Lehrerstand auf, vernichtet die berufliche Freiheit und Selbständigkeit der Schule und des Lehrstandes, schaltet das freie, erziehungswissenschaftliche Schaffen nicht nur auf dem Gebiete des Religions- und des Sittens- und Gesetzwissens aus, zerstört damit die Quellen und Wurzeln aller Erziehungsarbeit, nimmt dem Staate die Schule aus der Hand und verteilt sie an kirchliche und nichtkirchliche Befreiungsschulen, in der die staatliche Aufsicht auf Erziehung und Unterricht ohne Einfluß ist, erhöht die Schulaufwendungen unter Herabdrückung der Leistungen und erschwert damit die wirtschaftliche Sicherstellung der Volksschule und vernichtet durch alles das die Grundlagen einer großen, zukunftsreichen völkischen und staatlichen Entwicklung. Die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrerevereins ruft darum alle Volksteile zum Schutze der deutschen Volksschule, der Grundlage einer umfassenden einheitlichen Bildung und Erziehung der deutschen Jugend auf an jedem Orte, in jedem Lande zu einer allgemeinen Abwehr eines Gesetzeswurfes, der das Grab der allgemeinen deutschen Volksschule und damit das Ende einer umfassenden freien staatlichen Volkserziehung sein würde.

Der zweite Beratungstag brachte staatspolitische Fragen, der dritte vor allem Vereinsangelegenheiten. Dabei spielte die Frage der gewerkschaftlichen Organisation die Hauptrolle. Bezirkslehrer Winkler-Chemnitz hatte Vorschläge vorgelegt mit dem Hauptgedanken: Der deutsche Lehrereverein ist als solcher zugleich die Gewerkschaft der in ihm organisierten Lehrer. Der Verein arbeitet nach gewerkschaftlichen Grundregeln unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel. Darob entspannen sich stundenlange Debatten, worüber der Streiffrage. Der badische Vertreter Künzler-Mannheim stimmte dem Vorschlag zu, verlangte aber Klarheit über den Anschluß des Lehrerevereins an den deutschen Beamtenbund. Er bemängelte, daß in Baden noch keine Lehrerräte vorhanden sind. Schließlich wurden die Vorschläge mit einigen Änderungen in folgender Form angenommen:
„Der Deutsche Lehrereverein ist zugleich die Gewerkschaft der in ihm organisierten Lehrer. Der Deutsche Lehrereverein arbeitet nach gewerkschaftlichen Grundregeln unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel. Die Mitglieder des Deutschen Lehrerevereins dürfen keiner anderen Berufsgewerkschaft angehören oder Mitglied solcher Vereine sein, deren Bestimmungen denen des Deutschen Lehrerevereins zuwiderlaufen. Der Deutsche Lehrereverein tritt dem Deutschen Beamtenbund bei und wirkt dafür, daß der Deutsche Beamtenbund als gewerkschaftliche Vertretung der in ihm vereinigten Beamten- und Lehrgewerkschaften in allen allgemeinen Arbeitnehmerfragen mit den Spitzenorganisationen der Angestellten und Arbeiterschaft zusammenarbeitet.“

Da über die zweckmäßigste Form der Einrichtung der Lehrerräte keine Einigung zu erzielen war, so wurden in diesem Sinne die Vorschläge des Berichterstatters durch eine vom Lehrereverein in Baden beantragte Entschlüsse folgenden Inhalts erfaßt: „Die Vertreterversammlung fordert die sofortige gesetzliche Regelung der Beamten- und Lehrervertretungen.“

Am letzten Tag wurden zahlreiche Entschlüsse und Anträge der Landeslehrerevereine angenommen, unter anderem auch der Antrag des Badischen Lehrerevereins.

Die Vertreterversammlung wolle beschließen: Der Geschäftsführende Ausschuss wird ermächtigt, auf Ansuchen an Erholungsheime der Zweigvereine einen angenehmen jährlichen Betriebszuschuß zu gewähren, sofern diese Heime nicht aus eigener Wirtschaft zu bestehen vermögen. Der Nachweis hierüber ist durch Rechnungsausweis zu erbringen.

Eine weitere Entschlüsse, die Köln-Berlin einbrachte, erhebt Einspruch gegen die Staffierung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen und erachtet vom deutschen Beamtenbund, daß er sich mit allen Mitteln für die Beseitigung dieser Ungerechtigkeiten einsetzt wie auch für eine durchgreifende Abänderung der Besoldungsgrundzüge. Zum Vorsitzenden des Vereins wurde wieder Lehrer G. Köhler-Berlin gewählt, was der Siebzehnjährige unter Beifall annimmt. Vorort bleibt Berlin. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, in die Erziehungswissenschaftliche Hauptstelle u. a. Stadtschulrat Dr. Siedinger-Mannheim, in die Schulpolitische Hauptstelle Lehrer Kretz-Mannheim. Der Vereinsbeitrag wurde von 8 auf 14 M. erhöht.

Am den Kampf gegen den Reichsgesetzesentwurf zu Artikel 146 Absatz 2 zu führen, wurden auf Antrag der Provinz Sachsen 500.000 Mark zur Verfügung gestellt. Den obersten Lehrern wurden aus dem Kassensüberschuss von 336.000 M. Mittel zur Verfügung gestellt. Mit der Tagung waren eine Reihe von Nebenveranstaltungen verbunden, darunter auch eine Volkerversammlung, in der über die Grundschule und Einheitschule von Wolf-Berlin ein Vortrag gehalten wurde. Am Donnerstag findet noch ein Ausflug auf den Lichtenstein statt.

Dr. Wirths Programm.
— Berlin, 18. Mai. (Privat.) Wie die „Täg. Rundschau“ meldet, wird der Reichstanzler Dr. Wirth in der ersten Reichstagsitzung am 31. Mai sein Programmrede halten, in der er dem Reichstag Mitteilungen über die Art der Ausführung der deutschen Reparationsverpflichtungen machen und sich auch über das oberstelektische Problem auslassen wird.

hat. Im Zusammenhang damit darf erwähnt werden, daß der Altmeister gerade im Hinblick auf die Neuordnung zwei seiner letzten demastischen Lithographien der Kunsthalle in gewohnter Freigebigkeit stiftete; daß dank der Bemühungen der Galerieleitung eines der letzten Bilder des Meisters, die verklärte Bernauer Landschaft, durch die Stadtgemeinde der Kunsthalle in dankenswerter Weise als Leihgabe überlassen wurde, und daß — zur besonderen Freude des Meisters — eines seiner köstlichsten Werke, das Bildnis seiner Frau Cella, aus Privatbesitz teilweise dem Museum einverleibt werden konnte. Die Kunsthallenleitung durfte übrigens die Genugtuung haben, daß die Arbeit sogar die Anerkennung des gefreuten Herrn Christoph Kraft fand, der damals sein Urteil in die knappen, aber zureichenden Worte zusammenfaßte: „Ebenso geschmackvoll ist das Thomamum neu geordnet.“

Daß es gerade der neuen Galerieleitung darauf ankam, diese ehrwürdige Tradition zu pflegen, bewies sie nicht nur mit diesen Schritten und etwa der Veranlassung der Schirmer-Ausstellung, in der auch eine Anzahl köstlichster Thomaser Kunst zu seiner großen Freude gezeigt wurden, sondern auch mit der Ausstellung badischer Keramik, die die Produktion Hans Thomass auch auf diesem Gebiete erneut und umfassend zur Geltung brachte. Der Artikelreiber aber nennt dies Verhalten: „pietälos!“

Auch die Umgestaltung der Räume durch Wandfarbenanstrich erfüllt diesmal als „biletantisches Sünden und Taten“ geringfügige Ablehnung. Eines allerdings hat der gefreute Kritiker richtig erkannt: „man hat bei diesen Arbeiten in der Tat keine Zeit und Opfer gespart“ — und ist mit einer außerordentlichen Gewissenhaftigkeit im vollen Gefühl der Verantwortung und in museums-technischer Gepflogenheit Schritt für Schritt vorgegangen. Noch vor kaum mehr als einem Vierteljahr hatte Herr Kraft manche Worte der Zustimmung für die Umordnung übrig, die seinem Gedächtnis inzwischen entschwunden zu sein scheinen. Abgesehen von der Zustimmung zur Entfernung des großen Diebstahls Gemäldes und der Hervorhebung des „schönen grünen Wandtonnes“ des Italiener-Corridors, wo die Bilder „durch Plakatten unterbrochen, sehr fein zur Geltung gebracht“ sind, hat Herr Kraft das zehnmündige Gesamturteil abgegeben: „Die Direktion hat sich aber auch die größte Mühe gegeben, dem Wert entsprechend, jedes einzelne Werk zur Geltung zu bringen, was es auch in der Hauptsache gelungen ist“; und weiter: „Innerlich und äußerlich zusammengehörige Werte sind jetzt so glücklich gruppiert, daß dem empfänglichen Betrachter ihr Sinn bald eingehen wird.“ Ja Christoph Kraft charakterisiert die einzelnen Räume: „die harmonische, ernste

Aus Baden.

Die katholische Pfingstkonzferenz in Konstanz.

Am Dienstag vormittag 10 Uhr wurde im Saale des St. Konrad-Hauses in Konstanz die katholische Pfingstkonzferenz eröffnet. Bereits zu Beginn der Tagung waren etwa 180 führende Männer und Frauen aus Baden, Württemberg, Hohenzollern, Bayern und aus dem Vorarlberg erschienen und jeder Zug brachte neue Teilnehmer. Unter den Erscheinenden bemerkte man u. a. den Reichsfinanzminister a. D. Erzberger, den badischen Finanzminister Kähler, den badischen Landtagspräsidenten Dr. Kopf, den Führer der badischen Zentrumspartei Dr. Schofer, Staatsrat Reichshaupt, Ministerialrat Baumgartner, den württembergischen Minister Graf, die Reichstagsabgeordneten Diez-Radolfshell, Andre-Stubbsgart und Hoffmann-Ludwigshafen, ferner Domkapitular Sebel-Burg und Bundesrat Dr. Drexl aus Vorarlberg. In großer Zahl waren die badischen, württembergischen und bayerischen Landtagsabgeordneten erschienen. Rechtsanwält Dr. Baure-Konstanz eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßungsansprache. Zum Präsidenten der Tagung wurde Landtagspräsident Dr. Kopf und zum Vizepräsidenten Minister Graf-Stuttgarter bestimmt.

Das erste Referat hielt Reichstagsabgeordneter Diez über die auswärtige Lage; der Redner erntete mit seinen Ausführungen lebhafteste Zustimmung. An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich die Abgeordneten Hoffmann-Ludwigshafen, Beyerle, Erzberger, Esling und Dr. Schofer. Erzberger beschloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, die Völkervereinigung mehr als bisher zu fördern.

Nach der Mittagspause gab der württembergische Abgeordnete Andre ein Referat über die innere Politik. Er erörterte dabei verschiedene Probleme der Wirtschaft und Sozialpolitik und trat auch für die Vereinigung von Baden, Württemberg und Hohenzollern ein. In der Diskussion wurde besonders die bayerische Politik und ihre Stellungnahme zu den lebenswichtigen Problemen des deutschen Volkes besprochen.

Am sieben Uhr abends schloß der erste Verhandlungstag. Die Teilnehmer der Konferenz fanden sich zu einem Begrüßungsabend im Festsaal von St. Johann ein. Während des Abends, der vom katholischen Männergesangsverein Konstantia veranstaltet wurde, sprachen u. a. auch Staatspräsident Frunk, Minister Kähler und als Vertreter der benachbarten Schweiz Bundesrat Dr. Drexl.

!! Karlsruhe, 19. Mai. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde gestern eine Privatklage des Pfarrers und Landtagsabgeordneten Rödel-Bühl gegen den Kaufmann und früheren Gemeinderat Kindermann in Durlach wegen Beleidigung verhandelt. Der letztere hatte dem Kläger in einem offenen Briefe in der „Sozialistischen Republik“ vom 13. Juli 1920 vorgeworfen, er habe anfangs der 90er Jahre als Pfarrverweser in Mägen Kirchgang „verschäpelt“. Es kam ein Vergleich zustande, worin Kindermann zugibt, zu weit gegangen zu sein. Er nehme die in dem Briefe enthaltenen Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erkenne ausdrücklich an, daß gar kein Anlaß vorliegt, der den Vorwurf der Unterjochung gegen Herrn Pfarrer Rödel rechtfertigen würde. Dieser erklärte seinerseits, daß er die in einem Artikel im „Badischen Beobachter“ vom 1. Februar 1919 gegen Kindermann enthaltenen Beleidigungen unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Erwähnter Artikel fußt auf der Tätigkeit des Soldatenrats Donauersingen, dessen Vorsitzender J. St. der Beklagte war. Die Gerichtskosten wurden zur Hälfte geteilt.

! Magau (b. Karlsruhe), 19. Mai. Der 35 Jahre alte verheiratete Rangierer Jakob Heilmann von Wörth wurde gestern früh im Bahnhof Maximiliansau beim Rangieren überfahren. Die Verletzungen waren derart schwer, daß der Tod sofort eintrat. Heilmann hinterläßt eine Frau mit 3 kleinen Kindern.

! Mannheim, 18. Mai. Eine in der Handwerkerbewegung bekannte und geschätzte Persönlichkeit, Eisenmeister Wilt. Buia m ist im Alter von 59 Jahren gestorben. Der Entschlafene war Vorsitzender des hiesigen Gewerkevereins und stels. Vorsitzender des Landesverbandes bad. Handwerker- und Gewerkevereine.

! Schwenningen, 18. Mai. Auf dem Spargelmarkt ist ein großer Preiswurz infolge Fehlens der Luftfräse eingetreten. Am Samstag wurde Spargel 1. Qualität sogar für 1 M. verkauft.

! Stodach, 18. Mai. Gestern abend schlug der Blitz in das Wohngebäude des Landwirts Martin „zur Krone“. Die Scheune brannte samt den darin befindlichen landwirtschaftlichen Geräten nieder. Der Schaden ist groß. — Ueber verschiedenen Ortschaften des Bezirks gingen gestern schwere Gewitter nieder.

! Hebesingen, 18. Mai. Gestern abend schlug der Blitz in die Kirche von Bermatingen, ohne zu zünden. Auch über den anderen Ortschaften des Bezirkes gingen schwere Gewitter mit Hagelschlag nieder.

! Hebesingen, 18. Mai. Am Montag abend brach im Gasthof zum „Seehof“ in Unter-Hebesingen Feuer aus. Das Wohngebäude und die Scheune brannten nieder. Der Besitzer Anton Anucher ist schwer geschädigt. Die Versicherungssumme beträgt für das Gebäude 430.000 Mark, für die Fehlfälle 85.000 Mark, der Schaden ist durch die Versicherung nur teilweise gedeckt. Man vermutet Brandstiftung.

Wer an Hühneraugen leidet, hüte sich mit dem Messer zu schneiden. Völlig gefährlos, dabei erstaunlich schnell wirkend ist das in allen Drogerien und Apotheken erhältliche Hühneraugen-Pflaster. Während Hornhaut auf der Sohle durch Lebewohl-Ballen-Scheiben verflüssigt schnell entfernt wird. Die Mittel verschonen nicht und bleiben nicht am strumpe kleben. Preis 2 u. 3 Mk. Drogerien, G. Ellinger, Kaiserallee 65, R. W. Lang, Kaiserstr. 24, C. Roth, Herrenstr.

Um das Kunstleben Karlsruhes.

Die Ausführungen des Herrn Christoph Kraft — hinter welchem wiederum ein bekannter hiesiger Maler sich verbirgt — über „Expressionismus oder Anarchie“ (Bad. Landeszeitung Nr. 110) gipfeln merkwürdigerweise in einem Angriff gegen die Tätigkeit der Badischen Kunsthalle. Sie sind in einer solchen Tonart gehalten und widersprechen derart den Anschauungen weitest Kreise, daß es notwendig ist, auf sie näher einzugehen, um die Kampfesweise des genannten Maler-Kritikers in einem besonderen Falle zu charakterisieren.

Schon die grundsätzliche Unterstellung, daß „alles, was gewesen, unter allen Umständen anders werden müsse“, grenzt geradezu an Verleumdung. Denn Jeder, der die Karlsruher Kunstverhältnisse kennt, weiß, daß es schon lange der Wunsch des früheren Galerieleiters, untes allberehten Meisters Hans Thoma war, innerhalb der Galerie manches „anders werden“ zu lassen; daß niemand mehr von der Notwendigkeit einer weitgehenden Neuordnung durchdrungen war, als gerade Hans Thoma. Jeder Kundige kennt auch die Widerstände, die ihn daran hinderten; wie oft hat er darüber geklagt, daß ihm und seinem Mitarbeiter die Durchführung dieser Absichten erschwert und unmöglich gemacht worden war, zuletzt nicht an wenigsten durch die entscheidende Caesur des Krieges. Auch Herr Kraft hat noch vor kurzem seinerseits wenigstens einen sachlichen Grund für die Notwendigkeit des „Andersmachens“ angeführt; er schrieb damals: „der Genuß des Besonderen (sc. des alten Besizes) war aber stark beeinträchtigt, weil die Werte zu eng aufeinandergehängt waren“. Dies ist in der Tat einer der Ursachen die die frühere und die jetzige Galerieleitung notwendigerweise zu einer Umordnung der Bestände drängten.

Diese grundsätzliche Uebereinstimmung der alten und neuen Leitung gibt es hier ausdrücklich festzustellen. Sie erstreckt sich auch auf das neugeordnete Thoma-Museum. War es schon ein Akt der Pietät, gerade diesen wertvollen und einzigartigen Bestand zu allererst in Angriff zu nehmen, um seinen besonders vollständigen Besitz dem Publikum nicht zu lange vorzuenthalten und ihn in seiner Neugestaltung gerade in einer Zeit vorziehen zu lassen, die in gewissem Sinne eine Manifestation badischen Geistes sein sollte, so war es weiterhin im Besonderen nichts mehr als eine Frage des Tastes, diese Umgestaltung im Einvernehmen mit dem Altmeister selbst durchzuführen. So wurde ausdrücklich das Einverständnis des Meisters eingeholt, der die probeweise Anordnung selbst besichtigte und gebilligt

„Heiterkeit“, die „wohlthuende Feierlichkeit“ und bringt es bei der Umgestaltung von „Gruppierung und Stimmung“ des letzten altbadischen Saales gar zu einem Superlativ, indem er ihn als „die eigenartigste und glückseligste Lösung“ bezeichnet. Die Leitung der Kunsthalle ist durch den Zwang der Verhältnisse leider veranlaßt worden, die Neuordnung nach und nach vorzunehmen; sie hat damit die weitgehende Zustimmung der Öffentlichkeit erfahren und wird hoffentlich auch weiterhin unbeirrt von derartigen Angriffen zielbewußt ihren Weg gehen.

Ein anderer Punkt, der das Mißbehagen des Kritikers erregt, sind die Verkäufe. Hier weiß jeder Kundige, daß die Not der Zeit fast alle deutschen Museen in die gleiche Lage versetzt und genötigt hat, einzelne Werte, die dem Organismus nicht notwendig gehören, abzustoßen, sei es durch Tausch, sei es durch Verkauf. Die Museen fast aller Städte und Staaten haben, um lebensfähig zu bleiben, zu diesem Zwangsmittel der Not greifen müssen; München, Berlin, Bremen, Breslau, Darmstadt, Dresden, Frankfurt, Freiburg, Halle, Hamburg, Kassel — um nur die erste Hälfte des Alphabets zu berücksichtigen. In Karlsruhe überdies ist der Verkauf nicht nur zu wiederholten Malen wurden im Lauf des 19. Jahrhunderts Bilder eingetauscht und verkauft, allerdings in einem weit bedeutenderen Umfang als dies heute geschieht ist. Ja man muß mit allem Nachdruck aussprechen: es wäre eine Pflichtvergeßlichkeit des Galerieleiters gewesen, die einzigartig günstige Marktlage nicht rechtzeitig auszunutzen; denn schon heute ist es für diese Sachen zu spät. Und es bedeutet auch eine Erfüllung der Pflicht seitens der neuen Regierung, daß sie jahrzehntelang Verbindendes tat und erfolgreich nachholte. Charakteristisch für die Zuverlässigkeit des Schreibers, daß eine überraschend reichhaltige Richtigkeit in der „Karlsruher Zeitung“ (vom 17. Mai) zur Genüge illustriert wird, ist die aus der Luft gegriffene Behauptung, „ein großer Teil der verkauften Werte sei wieder in den Besitz von in- und ausländischen Museen übergegangen.“ Ebenso klar durchsichtig ist die demagogische Ausnutzung auf die „Vollstreckung“ der abgestellten Bilder, „Genre- und Landschaftsbilder“. Es wäre eine gewaltsame Entstellung der Tatsachen, wollte man den Verkauf beliebiger Stücke als grundsätzliche Ziel der Direktion charakterisieren, etwa die Genremalerei aus dem Sammelbestand auszurotten. Der Galerieleitung wird es im Gegenseitigen bei der Weiterführung der Neuordnung darauf ankommen, auch die Genremalerei entsprechend zur Geltung zu bringen, und sie wird dabei vor allem der einheimischen badischen Genremalerei das Wort geben. Niemand aber wird es ihr verdenken können, wenn sie ein

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 19. Mai 1921.

Wie groß dürfen Spielsachen sein?

Die Grenzen des Luxus bei der Kleidung der Frauen wie der Männer hat der Reichsminister der Finanzen, wie berichtet, mit vielen Einzelheiten gezogen. Jetzt sind auch genaue Grenzlinien für die Geräte zum Spielen von Groß und Klein gezogen worden. Es wird u. a. genau bestimmt, wie groß gewisse Kinderpielsachen sein dürfen. Sind sie größer, so sind sie ein Luxus für die armen deutschen Kinder. Räder und Automobile läßt der Reichsminister nur dann als Luxusgegenstände für Kinder zu, wenn sie eine Länge, Breite oder Durchmesser von nicht mehr als 6 cm haben. Christbaumschmuck darf nicht mehr als 10 cm lang sein, sonst wird er zum Luxus. Hierbei handelt es sich stets um Dinge aus Metallen oder Metalllegierungen, auch aus Messingblechen und Messingdrähten. Spielsachen für die Großen sind dagegen ein Luxus, auch wenn sie nicht aus Edelsteinen hergestellt sind und wenn auch die einzelnen Ausschmückungsgegenstände z. T. schon der Luxussteuer unterliegen. Jedenfalls ist dies der Fall, wenn der Tisch mit den sämtlichen Gesellschaftsspielen, Schach, Roulette, Würfel, Galma, Domino, Spielkarten usw. ausgestattet ist. Er wird als Schmuck- und Ziiergegenstand der Inneneinrichtung betrachtet, weil er eine äußere Wirkung hervorrufen soll. Dasselbe gilt für Spieltische sowie für das sog. Pferdchenspiel.

Nachsendung von Zeitungen in die Sommerfrische. Wer seine Zeitungen in der Sommerfrische ohne Unterbrechung weiter beziehen will, veräume nicht, ihre Nachsendung rechtzeitig und bei der richtigen Stelle zu beantragen. Die richtige Stelle ist für die durch die Post bezogenen Zeitungen das zuständige Postamt im bisherigen Wohnort, für nicht von der Post gefieferte Zeitungen der Verlag selbst oder der Zeitungsagent, Expedient, Buchhändler usw., der den Bezug bisher vermittelt hat. In beiden Fällen muß der Antragsteller genau angeben, wohin, von wann ab und wie lange die Zeitungen nachgeschickt werden sollen. Die Ueberweisung jeder durch die Post bezogenen Zeitung kostet 2 M; Vordrucke zur Nachsendungsanträge erhält man unentgeltlich beim Postamt. Wegen der Weiterüberweisung der von der Post nachgeschickten Zeitungen bei wiederholtem Ortswechsel und wegen der Rücküberweisung bei der Rückkehr nach Hause muß man sich immer an das Postamt wenden, das die Zeitungen unterwegs zuletzt ausgeliefert hat. Die Weiterüberweisung kostet wieder 2 M für jede Zeitung; die Rücküberweisung ist kostenfrei.

Das Arbeitstarifgesetz. Der im Reichsarbeitsblatt veröffentlichte Entwurf zu einem Reichsarbeitsarbeitsgesetz ist vom Ausschuß für einheitliches Arbeitsrecht vorgelegt worden. Das Reichsarbeitsministerium hat, wie wir erfahren, dazu noch keine Stellung genommen. Der Tarifvertrag ist nach diesem Entwurf der schriftliche Vertrag zwischen Arbeitgeber und ihren tariffähigen Vereinigungen und Arbeitnehmern zur Regelung des Arbeitsverhältnisses. Zum Arbeitsverhältnis im Sinne des Gesetzes gehören auch das Lehrlingswesen, die Organisationen der Arbeiter in den Betrieben, einschließlich der Betriebsvereinigungen, die Benutzung des Arbeitsnachweises und Einrichtungen zur Schlichtung der Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis. Als Arbeitnehmer gelten im Dienste anderer gegen Entgelt oder als Lehrlinge beschäftigte Personen, ebenso Hausgewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, deren Arbeit von anderen zu geschäftlichen oder gemeinnützigen Zwecken verwendet wird, ohne daß sie in ihrem Dienste stehen.

Zusammenkunft von früheren Angehörigen des Inf.-Inf.-Regts. 110. Der Verein der Angehörigen des Inf.-Inf.-Regiments 110, der seinen Sitz in Karlsruhe hat und über das ganze Badische Land verbreitet ist, veranstaltet am 4., 5. und 6. Juni d. J. in Offenburg eine Zusammenkunft seiner Mitglieder und früherer Regimentsangehörigen. Der Hauptzweck der Tagung soll ein Bildervereinbarung über die Ergebnisse des Regiments während des Krieges bilden, der von dem Mann a. D. Waagener geleitet wird. Auch über die Kriegserlebnisse werden Zusammenkünfte mit dem Inf.-Inf.-Regt. 110 im Distriktsverbande gehalten haben, werden sich diese Gelegenheiten zur Auffrischung mancher alten und auch mancher schmerzlichen Erinnerungen nicht entgehen lassen. Auch sie haben zu den Veranstaltungen Zutritt. Besondere Bedeutung besitzt die bevorstehende Tagung dadurch, daß der Leiter der Tagung an Wünschen der innerwärts des Regiments bestehenden Unterführungsstufe beteiligt werden soll. Zur Mitwirkung bei der Unterbringung der auswärtigen Teilnehmer ist ein vorbereiteter Ausschuß in Tätigkeit getreten. Bemerkungen sind an den Kameraden Karl F. Osterburg, Chemnitz, 19, zu richten.

Vortrag Colin Ross. Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, spricht im Eintrachtsaal unter Sonderberichterstattung, der vor kurzem erst aus Amerika zurückgekehrt, über seine Eindrücke und Erfahrungen in England, Schweden, Dänemark, Hannover, Halle vor anderthalb Jahren. Neben den Vorträgen in der Presse erregte der Vortrag deshalb besonderes Interesse, da Herr Colin Ross einer der wenigen ist, die das deutsche Reich besucht haben und weil er sich bei seinen Reisen nicht nur an die Reichsregierung hielt, sondern auch in die abgelegenen Gebiete vordrang, die für deutsche Kolonisation und Wirtschaftsbefähigung noch einmal von großer Bedeutung sein werden. Der Vortrag wird durch Stadtvater nach eigenen Aufnahmen in ostafrikanischer Weise illustriert. Der Vortragsort findet in den bekannten Verkaufsstellen statt. (Siehe Plakate an den Verkaufsstellen).

Wohnstättenkonzert Anna Kahn. Wer erinnert sich nicht gern an die entzückenden Darbietungen der Kinderwelt mit dem neuen Programm von Anna Kahn? Nun hört einmal, wie selbständig die kleinen Gebrüder spielen, die ohne ihr eigenes Verschulden im hübschen Alter in Not geraten sind in ihrer Lebenssituation gefordert sind. Sie bekämpfen dringend die Not und des traktierten Bestandes. Als Zeichen des väterlichen Erbarmens und des Mitleids der besten Bevölkerung darf man schon beim Konzert der Karten einen Erlös erwarten. Wenn auch diese Einnahmen einen Tropfen aus einem heißen Stein bedeuten, so ist doch der Fremdländisches Genrebild in Ausübung der einzigartigen Markt- tage abhält, das seiner Entstehung nach zu unserem Land und unserer Heimat gar keine Beziehungen hat; im Gegenteil, man wird einen solchen Schritt umso mehr billigen müssen, wenn es ihr gelungen ist, einen großen Kunstwert allerersten Ranges, das die höchsten ethischen Werte in sich vereinigt, zu erwerben, das noch dazu organisch mit dem Inhalt unserer Bodenbegegnung entkammt. Daß man allgemein und grundsätzlich bei dem Ausschließen von Bildern besondere Vorsicht betrachten läßt und überdies eigens Sachverständige hinzuzieht, ist eine sehr wertvolle Umficht; daß die Entfernung dieser Bilder den Charakter der Badischen Kunsthalle nicht etwa gefährden, sondern im Gegenteil ihre Eigenart klar und bestimmt ausdrücken will, ist einer der Hauptprogramme der Direktion. Wer weiß, mit welchen Möglichkeiten (man denke an die internationalen Ausstellungen!) für die Erneuerung solcher Bilder für Museen oft verbunden war. Der Kritiker bemerkt selbst einmal ganz richtig, die „Anfänge“ sind nicht nur nach rein musikalischen Grundgesetzen erfolgt — „Mietten“ (im weiteren Sinne) und „sonstigen entbehrlichen Gegenständen“ keineswegs eine Gefährdung des Bestandes, noch weniger eine Einbuße der Vollständigkeit bedeuten kann. Denn, wenn eines der neuen Leitungen als Pflicht erschienen ist, so ist es die Heranziehung weiterer Kreise an die im Museum aufbewahrten Schätze der Kunst; der Erfolg dieser Maßnahmen zeigt sich dem auch — trotz allem — in dem außerordentlich gesteigerten Besuch der weitesten Kreise des Volkes, für dessen Verbundenheit mit den künstlerischen Schätzen durch zahlreiche Führungen Sorge getragen wird.

Ueber die Neuerwerbungen der alten Bilder spricht sich der Kritiker ebenfalls geringfügig aus. Seine Einwendungen, die dem künstlerischen Wert widersprechen, sind diffizil und von persönlicher Natur, aber muß, daß die Erneuerung des einheimischen Triptichons von Kuppenheim, der Kreuzaufhängelung des Hausbuchmeisters und der demnächst auszustellenden frühen Kreuzigung seitens der Fachwelt allgemein als wertvollste Bereicherung des einheimischen Kunstschatzes betrachtet werden. Daß der Kritiker — abgesehen von den zahllosen Einwendungen — die gesamte Erneuerungstätigkeit in diesem Hinblick mit dem (für Laten) zweideutigen Ausdruck „primi-

anfang gemacht, gleiche Darbietungen auch in Sportreifen anzulegen. Das Konzert findet am Sonntag, 29. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, im Ebdal-Gemeindehaus, Büchertstraße, statt.

Interim. Kaiserweilheit im Colosseum. Am gestrigen Mittwoch betrat als erstes Paar D. P. S. — Schaller den Teppich. Nach 14 Minuten gelangt D. P. S. ein Kopfschlag und nach Einbrüchen der Brücke kommt Schaller auf beide Schültern. Zweites Paar: Kandolfi — S. H.

Badische landwirtschaftliche Woche.

Generalversammlung des Molkereiverbandes. — Die Frage der Milchversorgung.

Karlsruhe, 19. Mai. Gestern nachmittag 3 Uhr begann im kleinen Festhallsaal unter dem Vorsitz des Genossenschaftsverbandesdirektors, Staatsrat Schön die

26. Generalversammlung des Badischen Molkereiverbandes. Sie war sehr stark von den dem Verbande angeschlossenen Korporationen und Genossenschaften besetzt. Als Vertreter der Behörden waren anwesend: Arbeitsminister Engler, für das Ministerium des Innern Regierungsrat Pfisterer, Bürgermeister Dr. Horstmann-Karlsruhe, Bürgermeister Dr. Walli-Mannheim, für die Zentralgenossenschaftsliste in Berlin Regierungsrat Genne, für die Landwirtschaftskammer Landwirtschaftsinspektor Viehauer, für die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg Dr. Schaller.

In seinen Begrüßungsworten gedachte Staatsrat Schön des Verbandesvorsitzenden, Delegrierten Sängers, der infolge einer schweren Krankheit der Tagung nicht anwohnen konnte. Den Geschäftsbericht erstattete Verbandsgeschäftsführer Leuze. Danach war das Jahr 1920 ein Jahr des Wiedereinstartens der badischen Milchwirtschaft. Die Futterverhältnisse waren günstig. Schwere Sorgen bereitete die Maul- und Klauenseuche der Landwirtschaft. Die Preispolitik der Regierung war nicht immer glücklich. Das Abfertigungsergebnis betrug im Jahre 1920 1722 Ztr. Butter und 181 Ztr. Käse im Werte von 2.491.777 M. Außerdem wurden rund 800.000 Liter Vollmilch und etwa eine Million Liter Magermilch an die badischen Städte und an die Radolfswerke in Radolfzell abgeliefert. An die Molkerei- und Milchgenossenschaften wurden 10.935.733 Liter Milch, an die 25 Genossenschaften mit Milchabgab 1.935.000 Liter abgeliefert. Davon wurden 8.164.495 Liter als Frischmilch an die Städte abgegeben, 4.623.000 Liter wurden zur Butter verarbeitet. Die Butterzeugung betrug im ganzen 380.348 Pfund. In die Molkereien wurden über 15 Millionen Mark für Milch bezahlt. Für den Verkauf von Milch und Butter wurden über 16 Millionen Mark erzielt. Dem Verbande gehören 122 Molkerei- und Milchabgabgenossenschaften, 5 Milchproduzentenvereine, 25 landwirtschaftliche Genossenschaften mit Milchabgab im Nebenbetriebe, 24 Privatmolkereien, eine Trockenmilchfabrik, 18 Stadterhaltungsmilchmolkereien, 8 Milchzentralen und ein Milchhändlerverband an, zusammen 194 Verbände mit 12.027 Einzelmitgliedern. Maschinen und Geräte wurden im Werte von über einer Million Mark vermittelt. Im August und September hatten Molkereikurse stattgefunden. Die Buch- und Verwaltungsrevisionen wurden wieder durchgeführt.

Derzeitiger Hoffmann berichtete über die Revision der Jahresrechnung. Der Reingewinn des Verbandes betrug gegen 7000 M. 3000 M. wurden dem Reservefonds zugewiesen, der Rest soll dem Landesmilchfonds zugewiesen werden. Auf Antrag des Herrn Blesing-Billingen wurden dem Vorstande Entlastung erteilt und der Dank der Versammlung ausgesprochen. In den Vorstand wurde als Sachverständiger Dr. Schaller-Augustenberg gewählt.

Die Milchversorgung in Baden im Jahre 1921/22

Hier Geschäftsführer Leuze einen Vortrag, indem er der Zusammenarbeit von Verbraucher- und Erzeugerorganisationen in Stadt und Land das Wort redete. Die Förderung der Milchproduktion sei anzustreben durch Ausschließung minderwertiger Tiere, Zusammenfassung in Genossenschaften und Beschaffung von Futtermitteln. Die Städte werden darauf Bedacht nehmen müssen, künftig auch den Handel an der Verteilung der Milch zu beteiligen, da sich der Produzent auf die Dauer den Abnehmer nicht vorzeichnen läßt. Umlauf von Gemeinde und Umstellung von Molkerei- und Käsebetrieben sollen nur mit Zustimmung der Landwirte erfolgen, da behördliche Maßnahmen ohne diese Zustimmung auf Widerstand stoßen würden. In den entfernt gelegenen Gegenden müssen Vorkehrungen getroffen werden, damit die Milch auf dem oft drei Tage dauernden Transport zur Stadt nicht Schaden leidet. Die hierzu nötigen Zentralen sollen durch die örtlichen Genossenschaften organisiert werden unter Zugang von Verbraucherorganisationen. Städtische Zentralen wolle der Landwirt nicht. Die Zentralen müssen Lieferungsverträge mit den Städten abschließen, diese aber das Butterieren einstellen. Wir wollen einen freien Bauernstand. Zum Schluß wandte er sich an die Mitglieder mit der Mahnung, nach dem Wegfall der Zwangswirtschaft zu zeigen, daß sie die Städte nicht nur mit Milch versorgen können, sondern daß sie dies auch wollen.

An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine ausgedehnte Aussprache, in der der Bürgermeister Dr. Horstmann betonte, daß jetzt, wo die Zwangswirtschaft falle, an ihre Stelle nicht eine chaotische Freiheit treten dürfe. Die Freiheit müsse so beschränkt sein, daß die Versorgung der Städte dabei gesichert ist. Ohne Gebundenheit können die Städte verhungern. Von der Zwangswirtschaft bleibe nur das Gewissen, der Erzeuger muß davon überzeugt sein, daß sein Produkt in den Städten gebraucht wird, und er muß sich verantwortlich fühlen, daß es auch dorthin kommt. Dafür soll er einen angemessenen Preis bekommen. Dann kann es ihm gleichgültig sein, wohin er liefert, und wie die Milch in die Stadt kommt. Die Städte sind sich nicht einig über die Preisbildungsfrage. Es wäre vielleicht besser gewesen, den Preis schon früher zu vereinbaren, was die jetzt die Reichsregierung vorsieht. Die großen und mittleren Städte sind getrennt zusammengetreten und haben einen Ausschuß von 7 Personen gebildet, zu dem noch Vertreter der Landge-

meinden kommen. Dieser Ausschuß soll mit einem ähnlich gebildeten Ausschuß der Landwirte über die Preisfrage verhandeln. Wir hoffen, daß wir damit nicht zu einer Milchstreiterei kommen. Ein Vertreter der Karlsruher Milchhändler meinte, es ging heute schon an, daß alle Haushaltungen im freien Verkehr Milch erhalten könnten. Minister Dr. Engler sprach nicht als Minister, sondern als Verbandsmitglied, und betonte, die Freiheit des Einzelnen müsse ihre Grenzen haben am Wohle des Ganzen. So geht es nicht, daß man die Freiheit haben könne, wenn man sie wolle, und wenn man sie nicht wolle, den Zwang verlangen könne. Er sei jederzeit, wenn er es für nötig hielt, für eine Preisberhöhung eingetreten; durch den Preis von 80 Pfennig im Vorjahre, habe man der Milchwirtschaft den Todesstoß gegeben. Wenn Sie heute von Zwang reden, so meinen Sie, darüber wollen wir uns einig sein, den Preis. Der Minister machte interessante Vergleiche zwischen Elnk und Jetzt. Früher betrug die Spannung, bis die Milch frei zum Bahnhof kam, 2-4 Pf. Heute verlangt jede Nachentkunft. Diese Spannung beträgt heute etwa 18-20 Pf. Es ist deshalb ein Umlauf zu verlangen, Freiheit der Preisbildung. Der Preis muß vielmehr von Organisation zu Organisation festgesetzt werden. Dabei muß man den Vieh-, Fleisch-, Fett- und den Weltmarktpreis berücksichtigen. Es ist nicht richtig, daß alle Haushaltungen mit Milch versorgt werden können. Beim Fleisch konnte man sich einschränken; aber wer Kinder hat, kann nicht auf Milch verzichten, sonst gehen diese zu Grunde. Darum ist eine Rationierung notwendig. Das Interesse der Milchhändler kann dafür nicht maßgebend sein. Der einzelne Landwirt kann nicht auf eine bestimmte Menge Milch verpflichtet werden, wohl aber die Gemeinden. Wenn alle Landwirte ehrlich abliefern, braucht die Verpflichtung noch nicht einmal im Vertrag zu stehen.

Der Minister weist ferner hin, daß heute die Milchhändler, die für die städtischen Zentralen die Milch ausführen, 18 bis 22 Pfennig erhalten. Dazu kommen die hohen Risiken der Zentralen, die Kosten für die Milchkanne, die heute um das zwanzigfache teurer sind als im Frieden. Die Genossenschaften würden Augen machen, wenn sie diese Kosten übernehmen müßten. Später wird man vielleicht Schutzgelder verlangen; man wird dafür aber kein Verständnis haben, wenn heute die Landwirte keine Rücksicht auf die Verbraucher nehmen. Wenn wir uns verstehen wollen, werden wir auch zu einer Verständigung in der Preisbildung kommen.

Regierungsrat Pfisterer betont, daß wir in Baden die freieste Vollzugsordnung haben. Die Vollmilch darf nicht mehr in den städtischen Zentralen verbuttert werden. Der Landwirt kann für sich und in kleinen Mengen zum Verkauf verbuttern; nur das gewerbsmäßige Verbuttern ist verboten. Nach der Reichsverordnung ist der Bezug der Händler möglich, sie müssen sich aber an den Bezirk halten. Der Zwang ist für die Erzeuger so ziemlich erledigt, dagegen besteht er weiter für den Verbraucher.

Nachdem Groß-Mannheim die Landwirte aufgefordert, gegen die neue Reichsverordnung Sturm zu laufen, die keine Freiheit, sondern nur verschleierte Zwang bringe und nicht durchführbar sei, traten ihm der Vorsitzende und Minister Dr. Engler entgegen. Letzterer bezeichnete es als demagogisch, die Landwirte aufzuwachen gegen eine Verordnung, der gestern alle Organisationen zugestimmt haben. Persönliche Worte nach beiden Seiten sprach Radolfswerke Stadler-Kauf, der u. a. die Landwirte ermahnte, in der Umstellung von Jungvieh vorsichtig zu sein. Viel Milch, die den Städten entzogen werde, werde heute den Ferkelzählern gefüttert, ohne damit brauchbares Fuchtmaterial heranzuziehen.

Advertisement for Continental tires. Text: 'Sparen ohne Einschränkungen ist keine Kunst, wenn Sie Continental-Absätze tragen. Durch Ihre große Haltbarkeit - Leder überragend - verringern Sie Ihre Ausgaben. Sie haben dabei elastisch weichen Gang und erhöhte Geleisung. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher Continental Absätze. So gut wie Continental-Reifen.'

Die Freiburger Dantesfeier soll unter dem Ehrenvorsitz des Erzbischofs zu Ende Mai und Anfang Juni stattfinden. In vier aufeinanderfolgenden Tagen werden in einem Hörsaal der Universität die Professoren Heiß (über Dantes literarische Bedeutung), Sauer (über Dante und die Kunst), Krebs (über die religiöse Stellung Dantes), ferner Prinz Johann Georg Herzog von Sachsen (über König Johann von Sachsen und die Dantesforschung) und Prof. Gurlitt (über Dante und die Musik) sprechen. Am Freitag, den 3. Juni findet eine Veranstaltung in der Festhalle statt, wobei Musikdirektor Philipp ein Orgelpräsidium, Schriftsteller Hermann Barre ein

Gedicht und Prof. Friede einen Vortrag über Dantes Bedeutung hören lassen werden; ferner sollen eine Orgelkomposition aus dem Paradies, dirigiert von Prof. Gurlitt, und ausgewählte Stücke aus der Divina Commedia zum Vortrag gelangen.

Die Heidelberger städtischen Sammlungen sind einer völligen Umgestaltung unterzogen worden und werden zu Pfingsten wieder eröffnet. Sie werden jetzt bezeichnet als „Kunsthistorisches Museum der Stadt Heidelberg“ — ein Name, den sie voll und ganz verdienen, denn es ist hier in der alten pfälzischen Residenz in jahrzehntelanger Arbeit unendlich viel an pfälzischen Kunstgegenständen aller Art zusammengetragen worden. Vieles ist erst in den letzten Jahren aus Privatbesitz erworben worden. Das unter der Leitung von Dr. Lohmeyer stehende Museum enthält Gemälde pfälzischer und anderer Maler, Plastiken, Schmuckwerke, alte Kunstmodelle, Frankenthaler Porzellan, Münzen, Kupferstiche und andere Bilder aus der pfälzischen Kulturgeschichte, besonders natürlich auch Dinge, die mit dem pfälzischen Fürstenhaus zusammenhängen. Sehr interessant ist ferner die zum erstmalig öffentlich gezeigte Sammlung der Funde aus vorgeschichtlicher, römischer und frühgermanischer Zeit, die so vielfach in Heidelberg und Umgebung gemacht wurden. Viel anders ist noch magaziniert, da die Räume bei weitem nicht ausreichen; doch sind jetzt wenigstens die künstlerisch und kulturgeschichtlich wertvollen Dinge in übersichtlicher und geordneter Weise ausgestellt.

Minister Haenisch Ehren doktor. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt a. M. hat dem preussischen Minister a. D. Konrad Haenisch in Anerkennung seiner Verdienste um die Förderung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften den Grad eines Doktors der Staatswissenschaften ehrenhalber verliehen.

Schmähliches Brudnerfest. Aus Anlaß von Brudners 25jährigem Todesjahr (Brudner starb am 11. Oktober 1896) veranstaltet der Bapreuther Bund im September in Stuttgart ein mehrtägiges Brudnerfest, für welches außer kirchenmusikalischen Werken vier Symphonien geplant sind: die 4., 5., 8. und 9. Ausgeführt werden sie unter Generalmusikdirektor Fritz Busch vom verstärkten Orchester des Württ. Landesbetheaters. Für das Kirchenkonzert ist Kapellmeister Erich Band, Leiter des Vereins für klassische Kirchenmusik, gewonnen worden, der u. a. die große F-moll-Messe Brudners zur Gehör bringt. Näheres wird bald bekannt gegeben.



Der Jagerloisl.

Roman von Ludwig Thoma. (15. Fortsetzung.)

Das Sonderbarste war, mit welcher Geduld sich Loisl von Herrn Fehse beschneiffen ließ. „Gehst du heute schon wieder zu da Gneidlin ummi?“ fragte ihn seine Mutter, als er seine gute Suppe anzog. „Grad a weng! allamail dahoam hoda is net lust.“

Die Gneidlin hatte Besuch gehabt von der Veitnerin, und in der Gartenstube traf diese mit dem Jäger zusammen. „Guat'n Abend! Bist du um an Weg, un dd' Leut hamm g'fagt...?“ Sie schaute Loisl, der einen Gruß vor sich hin gedrummt hatte, kopfschüttelnd nach und kehrte wieder um.

„Das hört sich ja an wie Bendetta“, sagte Fehse und streifte die Nase von der Zigarette ab. „Also wenn so 'n Kerl auf 'n Jäger geschossen hat, dann is es gewissermaßen Ehrenschrift, ihm wieder eins aufzubrennen?“ „Wann si's leicht macht...“

Statt besonderer Anzeile. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine innigstgeliebte Frau, unsere herzengute Mutter und Schwiegermutter Frau Eleonora Hasenfuß geb. Abele

Sophie Praël Franz Illich Verlobte Blumenstr. 5.

Heirat. Gestandnis. Sandweiser. Heirat. Gestandnis. Sandweiser.

Verkäuferin für Büro-Artikel, Möbel u. Maschinen. Durchaus fachkundig um halbdigen Eintritt gesucht.

Kaufm. Lehrling von hiesigem Engros-Geschäft sofort gesucht.

Mädchen. 21 Jahre alt, bisher in ein. Buchh. tätig.

Mädchen. 21 Jahre alt, bisher in ein. Buchh. tätig.

Mädchen. 21 Jahre alt, bisher in ein. Buchh. tätig.

Mädchen. 21 Jahre alt, bisher in ein. Buchh. tätig.

Mädchen. 21 Jahre alt, bisher in ein. Buchh. tätig.

Mädchen. 21 Jahre alt, bisher in ein. Buchh. tätig.

Mädchen. 21 Jahre alt, bisher in ein. Buchh. tätig.

Mädchen. 21 Jahre alt, bisher in ein. Buchh. tätig.

Leipheimer & Mende Spezialgeschäft für Stoffe. Waschstoffe zu den vorteilhaftesten Preisen. Die richtigen Dessins. Mousselin, Schleierstoffe, Frotté, Dirndlstoffe, Perkal, Zephir, Zeugle.

Wohnungstausch. Innerhalb der Stadt, sowie in ganz Deutschland vermittelt reell und mit Übernahme der ganzen Verhandlungen. Deutsches Wohnungstausch-Büro Karlsruhe Rudolfstr. 17. Büro mit 4 mittelgroßen Räumen und Keller. Lagerräume mit Gleisanschluss.

